

Kantonsratssitzung vom 26. Mai 2011

Traktandum 7: Kantonsratsbeschluss zum Austritt des Kantons Zug aus dem Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 15. Dezember 2000 (PHZ-Konkordat) (2019.1-4)

*Anrede*

Um es vorweg zu nehmen, die Zustimmung zur vorzeitigen Auflösung des PHZ-Konkordats ist in der CVP-Fraktion völlig unbestritten. Alles andere liesse sich wohl auch kaum begründen.

Da die von Luzern einseitig angekündigte Kündigung des Konkordats eine besondere Vorschichte hat, die mit der besonderen, auch emotionalen Bindung an die beliebten Lehrerinnen- und Lehrerseminare im Kanton Zug und der von aussen aufgezwungenen Einführung einer Pädagogischen Hochschule begann und zum Fanal einer belasteten Beziehung zwischen dem Kanton Luzern und anderen Zentralschweizer Kantonen wurde, lohnt es sich, einige kurze Überlegungen zur Lehrerbildung im Kanton Zug und in der Zentralschweiz dazulegen.

Der Prozess zu einer neuen Lehrerbildung im Kanton Zug und den anderen Zentralschweizer Kantonen ist im Gang, und es bieten sich wohl nur wenige Gelegenheiten zur politischen Meinungsäusserung, bis uns dann voraussichtlich 2012 ein ausgehandeltes Projekt des Regierungsrats vorliegt, das uns wahrscheinlich - trotz neu gebildeter kantonsrätlicher Bildungskommission - nur noch wenig Spielraum für die politische Beteiligung lässt.

Das Kerninteresse, wie es mit der Ausbildung von Lehrpersonen im Kanton Zug weitergeht, drückt sich auch im Bericht des Regierungsrats und der Konkordatskommission aus, die den Rahmen der eigentlichen Fragestellung doch deutlich weiter fassen.

Zunächst muss bei der Auflösung dieses Konkordats nochmals darauf hingewiesen werden, dass das Vorgehen des Luzerner Regierungsrats ein Affront war, der unter Partnern nicht vorkommen darf. Selbstverständlich musste und muss die Leistungsfähigkeit dieses Konkordats, das nie richtig funktioniert und von Anfang an zu kompliziert war, in Frage gestellt werden. Die Art und Weise drückte aber eine Haltung aus, die vielleicht im 19. Jahrhundert noch angemessen war. Es war deshalb richtig, neigten wir damals nicht einfach unser Haupt vor dem Regierungsrat von Luzern, als er mit einer staatsmännischen Geste die in Luzern von Anfang an unbeliebten Lehrerbildungsstätten in den doch so rückständigen und unterentwickelten Nachbarkantonen wegwischen wollte.

Damit aber genug der Vergangenheitsbewältigung.

Die enge Verknüpfung von Bildungs- und Standortpolitik war bisher wohl das Hauptproblem der Zentralschweizer Bildungspolitik. Und leider bleibt dies die Hauptproblematik der Zentralschweizer Bildungszusammenarbeit. Es ist deshalb aus unserer Sicht höchst bedauerlich, kann die Zentralschweiz in der Hochschulpolitik nicht als ein Raum begriffen

werden. Dies ist zweifellos ein Rückschritt. Wir fordern deshalb den Regierungsrat auf - und dies ist unsere erste Forderung - die Vision eines Zentralschweizer Hochschulbildungsraums nochmals ernsthaft in die Diskussion einzubringen. Es gibt durchaus unkomplizierte und leistungsfähige Modelle gemeinsamer Hochschulinstitutionen - zumindest für die Fachhochschule sollte ein solches Modell gefunden werden.

Für den Schwyzer Alleingang haben wir zwar Verständnis und gar leise Sympathien. Ob er sinnvoll und nicht mehr aus der Not geboren ist, bleibt aber fraglich. Wenn nun aber aus standortpolitischem Chauvinismus heraus damit auch noch die Zentralschweizer Fachhochschule gefährdet wird, ist das doch ziemlich unverhältnismässig. Wir haben den Eindruck, dass mit dem Kanton Schwyz unbedingt nochmals das partnerschaftliche Gespräch gesucht werden sollte. Dies wäre die zweite Forderung.

Zug sollte nun aber nicht selbst in die gleiche Falle tappen wie Luzern und die Frage der PHZ in erster Linie mit Standortpolitik zu verknüpfen. Unsere dritte Forderung lautet deshalb folgendermassen: Die neue Lehrerinnen- und Lehrerbildung muss sich hart an den Bedürfnissen der Schule orientieren. Das heisst, es ist nicht relevant, ob die Pädagogische Hochschule in Luzern, Schwyz oder Zug steht. Zentral ist, dass die bildungspolitischen Ansprüche an die Lehrerbildung von Kanton, Gemeinden und den Bildungsinstitutionen klar formuliert werden und anschliessend die richtige Institution dafür gebaut wird. Zweifellos muss dabei das Rad nicht neu erfunden werden.

Unsere vierte Forderung ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber keineswegs selbstverständlich: Die Haltung des Kantons Zug zur Lehrerbildung muss Bestandteil einer Hochschulstrategie sein, die alle Hochschulen umfasst. Selbstredend kann es sich nicht um mehrere Hochschulstrategien handeln. Die Hochschulstrategie der Volkswirtschaftsdirektion muss deshalb mit einer allenfalls vorhandenen Hochschulstrategie der Direktion für Bildung und Kultur harmonisiert werden. Ohne auf die Diskussion über eine Bildungsstrategie zurückzukommen, muss doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass dem Kantonsrat zuerst die strategischen Überlegungen vorliegen müssen, bevor er dann einst auf eine Vorlage über die PHZ eintreten kann. Basierend auf dieser Strategie kann eine Auslegeordnung vorgenommen werden, bevor dann kantonale Lösungen formuliert werden. Vermutlich und hoffentlich fordere ich hier pure Selbstverständlichkeiten.

In dieser Umbruchphase ist auch an die Studierenden und Lehrpersonen an der PHZ in Zug zu denken, die ein Anrecht auf eine gewisse Sicherheit haben. Ich bitte den Bildungsdirektor, diesem Aspekt Bedeutung zuzumessen.

Die CVP-Fraktion stimmt der vorzeitigen Auflösung des PHZ-Konkordats zu. Wir haben uns erlaubt, hier ein paar weiterführende Überlegungen anzustellen. Viele weitere Gelegenheiten werden wir in diesem Prozess nicht erhalten. Und zudem wollen wir nicht einst den Vorwurf hören, man hätte uns im Bericht des Regierungsrats und im Kommissionsbericht bereits über fast alles informiert und sei davon ausgegangen, wir würden stillschweigend allem zustimmen, weil wir und damals im Mai 2011 nicht dazu geäussert hätten.